

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.377.980

Wien, am 27. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 29. April 2022 unter der Nr. **10901/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Was wird gegen Menschenhandel getan?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der OSZE bezüglich der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung des Menschenhandels gesetzt?*
 - a. *Welche Maßnahmen wurden wann gesetzt, um die Irrelevanz der Zustimmung des Opfers zur beabsichtigten Ausbeutung in den relevanten Rechtsvorschriften zu verankern?*
 - b. *Wann wurden welche Maßnahmen zur Verbesserung des Monitorings und der Evaluierung von Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels gesetzt?*
 - c. *Wann wurden welche Maßnahmen zur Verbesserung der Datenerfassung und -analyse im Bereich Menschenhandel gesetzt?*
 - i. *Welche Daten werden im Bereich Menschenhandel erhoben? Welche nicht?*
 - ii. *Falls Maßnahmen gesetzt worden sind: Wie werden die Daten verwendet, um effektiver gegen Menschenhandel vorzugehen?*

- d. *Falls noch keine Maßnahmen gesetzt worden sind: Wann werden Sie welche konkreten Maßnahmen setzen?*
- i. *Sollten keine Maßnahmen geplant sein, warum nicht?*

Die Beantwortung der Fragen nach der gesetzlichen Umsetzung der Empfehlungen der OSZE fällt nicht in den Vollzugbereich des Bundesministeriums für Inneres, weshalb ich auch von einer diesbezüglichen Beantwortung Abstand nehme.

Maßnahmen zur Verbesserung des Monitorings und der Evaluierung von Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels erfolgten mit der Einführung neuer Begehungsformen mit 1. Jänner 2022. Umfasst sind dabei die Bereiche Ausbeutung durch Bettelei, sexuelle Ausbeutung, Ausbeutung durch Begehung von Straftaten, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung durch Organentnahme und Kinderhandel (betreffend Personen unter 18 Jahre).

Die Polizeiliche Kriminalstatistik wird vom Bundeskriminalamt laufend in ihrer Struktur angepasst, zum einen aufgrund von Änderungen in der Strafgesetzgebung, andererseits wird in der Polizeilichen Kriminalstatistik laufend auf aktuelle gesellschaftliche Phänomene Rücksicht genommen und neue Parameter in der statistischen Erfassung miteinbezogen.

Im Bereich des Menschenhandels werden insbesondere folgende Daten erhoben: Straftaten, Klärungen, Tatverdächtige (Alter, Geschlecht, Nationalität, Aufenthaltsstatus) sowie Opfer (Alter, Geschlecht, Nationalität, Aufenthaltsstatus) sowie Beziehung zwischen Tatverdächtige/Opfer.

Von der zuständigen Abteilung im Bundeskriminalamt werden zusätzlich zur Polizeilichen Kriminalstatistik manuell die Formen der Ausbeutungen aus den kriminalpolizeilichen Fällen ausgewertet. Das Ergebnis fließt in die Umsetzung von österreichweiten strategischen und operativen Maßnahmen ein.

Zur Frage 2:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der OSZE bezüglich der Verbesserung der Identifizierung sowie des Schutzes der Opfer von Menschenhandel gesetzt?*
 - a. *Wurde ein Mechanismus zur Identifizierung und Vermittlung erwachsener Opfer des Menschenhandels an Hilfseinrichtungen entwickelt?*
 - i. *Wenn ja, wird dieser angewendet?*
 - ii. *Wenn ja, seit wann mit welchem Ergebnis?*

- b. *Welche Maßnahmen wurden wann gesetzt, um die Identifizierung und Unterstützung von Opfern des Menschenhandels zu optimieren, wenn sie im Bereich der Prostitution tätig sind?*
 - i. *sich im laufenden Asylverfahren befinden?*
 - ii. *sich in Anhalte- oder Schubhaftzentren befinden?*
 - iii. *zum Zweck von erzwungenen kriminellen Aktivitäten ausgebeutet werden?*
 - iv. *minderjährig sind?*
- c. *Mit welchem Ergebnis seit wann jeweils?*
- d. *Wann wurden welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbeutung von Kindern gesetzt?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
- e. *Wann wurden welche Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung von Kindern in Aufnahme- und vorübergehenden Schutzzentren und generell zur Verbesserung des Kinderschutzsystems gesetzt?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
- f. *Wurde ein bundesweites Konzept zum Schutz und zur Unterstützung von Opfern des Kinderhandels, u.a. durch den Aufbau von sicheren Unterkünften, entwickelt?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
- g. *Welche Maßnahmen wurden, wann zur effektiven Bekämpfung des „labour trafficking“ gesetzt, insbesondere in Branchen, wo ein höheres Risiko der Ausbeutung fremder Menschen besteht, wie Baugewerbe, Landwirtschaft und Gastgewerbe?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
- h. *Welche Maßnahmen wurden wann gesetzt, um die Erholungs- und Bedenkzeit, die (potenziell) Betroffenen von Menschenhandel zusteht, rechtlich zu verankern?*
- i. *Welche Maßnahmen wurden wann gesetzt, um die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Betroffene von Menschenhandel zu vereinfachen?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
- j. *Welche Maßnahmen wurden wann gesetzt, um mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Bekämpfung des Menschenhandels effektiv zusammenzuarbeiten?*
- k. *Falls noch keine Maßnahmen gesetzt worden sind: Wann werden Sie welche konkreten Maßnahmen setzen?*
 - i. *Sollten keine Maßnahmen geplant sein, warum nicht?*

Im Kampf gegen den Menschenhandel wird die Veröffentlichung der Menschenhandelshotline im Rahmen der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Inneres bzw. Bundeskriminalamts sowie in zahlreichen

Informationsfoldern und -broschüren intensiviert. Bürgerinnen und Bürger können und konnten auch während des Lockdowns anonymisiert Hinweise zu Menschenhandel per Telefon unter +43 677 61343434 oder per E-Mail unter menschenhandel@bmi.gv.at melden. Die Hotline ist auf der Homepage des Bundeskriminalamtes (www.bundeskriminalamt.at) als Meldestelle für Menschenhandel publiziert. Die Meldungen werden von sachkundigen Beamten der Zentralstelle „Schlepperei/Menschenhandel“ entgegengenommen. Die Meldestelle des Bundeskriminalamtes ist rund um die Uhr erreichbar (24/7). Im Jahr 2021 wurden rund 600 Hinweise, Anfragen und Mitteilungen registriert.

Aufgrund der aktuellen Geschehnisse und der sich verschlechternden Situation im Gefolge der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine wurde die Nummer der Menschenhandels-Hotline auf Foldern und Plakaten in den Informationskampagnen abgebildet. Bis dato wurden 19 Verdachtsfälle in Österreich festgestellt, jedoch in keinem Fall wurde ein Opfer des Menschenhandels identifiziert.

Ein Mechanismus zur Identifizierung und Vermittlung erwachsener Opfer des Menschenhandels wurde gesetzt, angewendet und mit 13. April 2022 aktualisiert. Der entsprechende Erlass des Bundesministeriums für Inneres (Richtlinie zum Menschenhandel) wurde am 13. August 2018 neu verfasst und am 13. April 2022 letztmalig adaptiert, so wurde auch die sogenannte „recovery and reflection period“ expliziert angeführt.

Im Jahr 2021 wurden um 34% mehr Opfer als im Jahr zuvor von der Polizei identifiziert.

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels 2018-2020 (kurz NAP 2018-2020) sowie des Umsetzungsberichts 2021 aus dem NAP 2021-2022 werden die Maßnahmen betreffend Schulungen, Veranstaltungen, etc. detailliert angeführt.

<https://www.bmeia.gv.at/themen/menschenrechte/kampf-gegen-den-menschenhandel/>

Ebenso kann ich auf die Anführung der Joint Action Days (JAD) Arbeitsausbeutung, Kinder- und Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung, Bettelei und Begehung von Straftaten verweisen. Österreichweit werden in den Bundesländern periodische bzw. anlassbezogene Schwerpunktkontrollen zur Täter- und Opferidentifizierung in Kooperation mit Opferschutzeinrichtungen und den Kinder-Jugendhilfeträgern vorgenommen.

Im Rahmen der Task Force Menschenhandel wurden in der Unterarbeitsgruppe Kinderhandel ein Grundlagenpapier und ein Konzept für eine österreichweite „Schutzeinrichtung für Kinder/Jugendliche, die vom Kinderhandel in Österreich betroffen sind“ erarbeitet. Zurzeit werden die Zuständigkeiten der beteiligten Ministerien und die Finanzierung geprüft.

Alle gesetzten Maßnahmen für die Vereinfachung des Aufenthaltstitels für Betroffene von Menschenhandel sowie die effektive Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Menschenhandels mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sind im NAP 2021-2023 sowie im Umsetzungsbericht 2021 detailliert aufbereitet. Nähere Informationen können auf <https://www.bmeia.gv.at/themen/menschenrechte/kampf-gegen-den-menschenhandel/> gefunden werden.

Zur Frage 3:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der OSZE bezüglich der Prävention von Menschenhandel gesetzt?*
 - a. *Wann wurden welche Präventionsmaßnahmen gesetzt, um gegen Menschenhandel vorzugehen?*
 - b. *Wie hoch beliefen sich die Kosten für Präventionsmaßnahmen gegen Menschenhandel?*
 - c. *Welche Präventionsmaßnahmen wurden, wann gesetzt, um sicherzustellen, dass Opfer von Menschenhandel keinen Überstellungen gemäß Dublin III-VO unterliegen?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
 - d. *Welche Maßnahmen wurden wann gesetzt, um den Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende zu vereinfachen — und somit das Risiko der Ausbeutung von Asylsuchenden zu minimieren?*
 - e. *Wann wurden welche Maßnahmen zur Sensibilisierung bzw. Schulung bzw. Fortbildung des Fachpersonals, das mit Opfern von Menschenhandel in Kontakt tritt (z.B. Betreuer innen in Hilfseinrichtungen, Betreuer*innen in Einrichtungen für Asylwerber innen, Polizei usw.) gesetzt?*
 - f. *Falls noch keine Maßnahmen gesetzt worden sind: Wann werden Sie welche konkreten Maßnahmen setzen?*
 - i. *Sollten keine Maßnahmen geplant sein, warum nicht?*

Im Jahr 2022 wurden bisher noch keine Zahlungen für Präventionsmaßnahmen gegen Menschenhandel getätigt und auch keine konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der

Empfehlungen der OSZE gesetzt. Im Jahr 2021 beliefen sich die Ausgaben für Präventionsmaßnahmen gegen Menschenhandel auf EUR 874.592,90. Davon entfallen EUR 497.266,65 auf LEFÖ (IBF Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel) und EUR 377.326,25 auf MEN VIA (für von Menschenhandel betroffene Männer).

Alle gesetzten Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der OSZE bezüglich der Prävention von Menschenhandel sind im NAP 2021-2023 sowie im Umsetzungsbericht 2021 detailliert aufbereitet und finden sich auf der bereits mehrfach erwähnten entsprechenden Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.

Zur Frage 4:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen von GRETA, die Mitwirkung von Österreich gegen Menschenhandel auf internationaler Ebene zu intensivieren, gesetzt?*

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten hat am 20. Mai 2022 mit einer GRETA-Verantwortlichen und allen Beteiligten der Task Force Menschenhandel in Wien zu einem Round-Table eingeladen, wo auf die Empfehlungen von GRETA eingegangen worden ist.

Zur Frage 5:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um der Nachfrage im Zusammenhang mit Menschenhandel entgegenzuwirken?*
 - a. *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um das Palermo-Protokoll vollständig zu implementieren?*
 - b. *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um das Ziel, der Nachfrage im Zusammenhang mit Menschenhandel entgegenzuwirken, in nationalen Aktionsplänen und Strategien gegen Menschenhandel zu integrieren?*

Die Empfehlungen des Palermo Protokolls wurden vom Bundesministerium für Inneres angenommen und seit dem Inkrafttreten des Protokolls im Rahmen des NAP gegen Menschenhandel umgesetzt.

Am 21. April 2022 erfolgte die Gründung der Task Force Ukraine gegen Menschenhandel (UATF). Grundsätzlich darf ich auf die vorhandene gesetzliche Grundlage den § 205a StGB (Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung) verweisen. Weitere Maßnahmen, die von der zuständigen Organisationseinheit des Bundesministeriums für Inneres durchgeführt

wurden, sind Präventions- und Informationskampagnen, Hotline, Verteilung von Flyern, insbesondere an Frauen und Kinder aus der Ukraine.

Zur Frage 6:

- *Gibt es ein Monitoring der Orte, an denen sexuelle Dienstleistungen angeboten werden, um dem Risiko der sexuellen Ausbeutung vorzubeugen?*
 - a. *Mit welchem Ergebnis?*

Im Zuge des Monitorings werden insbesondere Kontakt- und Sensibilisierungsgespräche geführt und Informationsmaterialien wie Flyer oder Broschüren verteilt. So kann dem Menschenhandel präventiv entgegengewirkt werden.

Zur Frage 7:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung des Menschenhandels zu entwickeln?*

Der holistische Ansatz zur Bekämpfung des Menschenhandels spiegelt sich im NAP wider.

Zu den Fragen 8 und 9:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um auf EU-Ebene die Bekämpfung des Menschenhandels zu fordern?*
 - a. *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um auf EU-Ebene einen Daten- und Informationsaustausch im Bereich Menschenhandel zu verbessern?*
 - b. *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um auf EU-Ebene die Identifizierung von Opfer von Menschenhandel zu verbessern?*
 - c. *Wann hat wer in Ihrem Ressort einen „Focal Point“ zur polizeilichen Kooperation in der Bekämpfung des Menschenhandels auf EU-Ebene bekanntgegeben?*
- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um auf EU-Ebene einen Daten- und Informationsaustausch im Bereich Kinderhandel zu fordern?*
 - a. *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um auf EU-Ebene einen Daten- und Informationsaustausch zum europaweiten Phänomen der verschwundenen minderjährigen Asylsuchenden zu fordern?*
 - b. *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um auf EU-Ebene die Identifizierung von Opfer von Kinderhandel zu fordern?*

Österreich ist aktives Mitglied der „European Multidisciplinary Platform against criminal threats in trafficking in human beings“ (EMPACT THB), die im Rahmen des EU Policy Cycle

durchgeführt wird. Ein Vertreter des Bundeskriminalamtes nahm sowohl in Präsenz als auch online bei den vierteljährlichen operativen Sitzungen bei Europol teil. Im Rahmen des jährlichen operativen Aktionsplans zu Menschenhandel erfolgt eine Unterstützung sowie eine Beteiligung bei bilateralen bzw. multilateralen operativen Maßnahmen. Diese umfassen vor allem Kontrollen zur Täter- und Opferidentifizierung und Finanz- und IT-Ermittlungen.

In Angelegenheiten des Menschenhandels ist die zuständige Organisationseinheit im Bundeskriminalamt und die dort eingerichtete Menschenhandels-Hotline als Single Point of Contact.

Zur Frage 10:

- *Wann hat wer in Ihrem Ressort welche konkreten Maßnahmen gesetzt, um die Abschiebung von Menschen zu verhindern, die sich als potenzielle Opfer in einem Verfahren wegen Menschenhandels befinden?*
 - a. *Mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wie viele Opfer von Menschenhandel wurden seit 2016 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung abgeschoben, nachdem sie als solche identifiziert worden sind?*

Konkrete Maßnahmen erfolgten basierend auf den bestehenden gesetzlichen Grundlagen des Asylgesetzes. Gemäß § 57 Abs. 1 Z 2 Asylgesetz ist zur Gewährleistung der Strafverfolgung von gerichtlich strafbaren Handlungen oder zur Geltendmachung und Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit solchen strafbaren Handlungen, insbesondere an Zeugen oder Opfer von Menschenhandel oder grenzüberschreitendem Prostitutionshandel von Amts wegen oder auf begründeten Antrag eine „Aufenthaltsberechtigung besonderer Schutz“ zu erteilen.

Anfragespezifische Statistiken werden nicht geführt.

Zur Frage 11:

- *Den Straftatbestand Menschenhandel gem. § 104a StGB gibt es seit 2016. Wie viele Strafanzeigen gab es auf dieser Grundlage seit Inkrafttreten des Straftatbestands bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung? Bitte um Aufschlüsselung nach Monat und Staatsangehörigkeit.*

Menschenhandel gem. § 104a StGB - Straftatenanzahl	
2016	23
Jänner 2016	2
April 2016	4
Mai 2016	1
Juni 2016	3
Juli 2016	1
August 2016	2
September 2016	2
Oktober 2016	1
November 2016	2
Dezember 2016	5
2017	34
Jänner 2017	2
Februar 2017	3
April 2017	2
Mai 2017	3
Juni 2017	2
Juli 2017	6
August 2017	3
September 2017	1
Oktober 2017	5
November 2017	1
Dezember 2017	6
2018	71
Jänner 2018	35
Februar 2018	2
März 2018	1
April 2018	3
Mai 2018	6
Juni 2018	3
Juli 2018	2
August 2018	4
September 2018	3
Oktober 2018	6
November 2018	2
Dezember 2018	4
2019	43
Jänner 2019	4
Februar 2019	2
März 2019	4

April 2019	6
Mai 2019	3
Juni 2019	1
Juli 2019	2
August 2019	7
September 2019	7
Oktober 2019	3
November 2019	1
Dezember 2019	3
2020	41
Jänner 2020	5
Februar 2020	5
März 2020	5
April 2020	5
Mai 2020	2
Juni 2020	5
August 2020	3
September 2020	5
Oktober 2020	4
Dezember 2020	2
2021	28
Jänner 2021	3
März 2021	3
April 2021	2
Mai 2021	3
Juni 2021	2
Juli 2021	4
August 2021	2
September 2021	4
November 2021	3
Dezember 2021	2
2022 - VORLÄUFIGE DATEN	10
Jänner 2022	2
Februar 2022	1
März 2022	1
April 2022	6

Menschenhandel gem. § 104a StGB - Anzahl Tatverdächtige nach Monat und Staatsangehörigkeit	
2016	57
Jänner 2016	5

Bulgarien	1
Rumänien	4
April 2016	2
Bulgarien	1
Ungarn	1
Mai 2016	3
Italien	2
Serbien	1
Juni 2016	13
Österreich	1
Serbien	3
Tschechien	2
Ungarn	7
Juli 2016	10
Österreich	5
Rumänien	2
Serbien	3
August 2016	3
Rumänien	1
Slowakei	1
Slowenien	1
September 2016	2
Rumänien	2
November 2016	5
Rumänien	5
Dezember 2016	14
Österreich	8
Saudi-Arabien	1
Serbien	1
Türkei	2
Ungarn	2
2017	66
Februar 2017	3
Nigeria	2
Türkei	1
April 2017	3
Bulgarien	2
Österreich	1
Mai 2017	5
Bulgarien	4
Österreich	1
Juni 2017	2
Afghanistan	1
Rumänien	1

Juli 2017	21
China	15
Kosovo	1
Nigeria	1
Österreich	3
Rumänien	1
August 2017	4
Österreich	1
Ungarn	3
September 2017	5
Bulgarien	3
Türkei	2
Oktober 2017	21
Deutschland	12
Nigeria	1
Österreich	3
Rumänien	4
Tschechien	1
Dezember 2017	2
Österreich	1
Vereinigte Arabische Emirate	1
2018	96
Jänner 2018	35
China	32
Ungarn	3
Februar 2018	1
Rumänien	1
März 2018	5
Bulgarien	5
April 2018	5
Bulgarien	2
Österreich	3
Mai 2018	15
Nigeria	13
Rumänien	2
Juni 2018	8
Nigeria	1
Slowakei	2
Togo	1
Ungarn	4
Juli 2018	5
Ungarn	5
August 2018	4
Bulgarien	1

Österreich	1
Rumänien	2
September 2018	3
Deutschland	1
Nigeria	1
Österreich	1
Oktober 2018	6
Nigeria	1
Österreich	3
Rumänien	2
November 2018	3
Katar	2
Österreich	1
Dezember 2018	6
Österreich	5
Rumänien	1
2019	62
Jänner 2019	3
Nigeria	1
Serbien	1
Türkei	1
Februar 2019	8
Nigeria	1
Österreich	1
Panama	1
Spanien	2
Venezuela	3
März 2019	2
Libanon	1
Liberia	1
April 2019	10
Bulgarien	3
Nigeria	2
Österreich	1
Serbien	3
Togo	1
Mai 2019	3
Nigeria	1
Österreich	1
Rumänien	1
Juni 2019	1
Österreich	1
Juli 2019	5
Dominikanische Republik	1

Italien	1
Österreich	2
Ungarn	1
August 2019	13
Bulgarien	1
Deutschland	1
Österreich	3
Ukraine	1
Ungarn	7
September 2019	6
Bulgarien	1
Rumänien	3
Serbien	1
Slowakei	1
Oktober 2019	3
Österreich	1
Rumänien	2
November 2019	4
Rumänien	4
Dezember 2019	4
Bulgarien	2
Rumänien	2
2020	61
Jänner 2020	20
Bulgarien	15
China	3
Deutschland	1
Österreich	1
Februar 2020	5
Nigeria	1
Saudi-Arabien	2
Ungarn	1
Zypern	1
März 2020	6
Bulgarien	1
China	2
Österreich	2
Serbien	1
April 2020	9
Bulgarien	2
Deutschland	1
Italien	2
Marokko	1
Österreich	1

Rumänien	1
Syrien	1
Mai 2020	1
Bulgarien	1
Juni 2020	5
Nigeria	1
Nordmazedonien	1
Österreich	3
August 2020	2
Bulgarien	1
Irak	1
September 2020	7
Österreich	2
Rumänien	5
Oktober 2020	4
Nigeria	1
Serbien	3
Dezember 2020	2
Türkei	1
Ungarn	1
2021	38
Jänner 2021	4
Österreich	2
Rumänien	1
Ungarn	1
März 2021	2
Österreich	1
Rumänien	1
April 2021	2
Serbien	1
Türkei	1
Mai 2021	8
Kroatien	1
Österreich	3
Serbien	3
Slowakei	1
Juni 2021	1
Nigeria	1
Juli 2021	3
Rumänien	1
Slowenien	1
Türkei	1
August 2021	5
Rumänien	4

Slowakei	1
September 2021	7
Rumänien	2
Slowakei	4
Somalia	1
November 2021	4
Rumänien	2
Serbien	2
Dezember 2021	2
Rumänien	1
Ungarn	1
2022 - VORLÄUFIGE DATEN	9
Februar 2022	1
Rumänien	1
März 2022	2
Slowakei	2
April 2022	6
Indien	1
Nigeria	1
Österreich	1
Rumänien	3

Zur Frage 12:

- *Den Straftatbestand Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung gem. § 205a StGB gibt es seit 2016. Wie viele Strafanzeigen gab es auf dieser Grundlage seit Inkrafttreten des Straftatbestands bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung? Bitte um Aufschlüsselung nach Monat und Staatsangehörigkeit.*

Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung gem. § 205a StGB - Straftatenanzahl	
2016	83
Jänner 2016	3
Februar 2016	4
März 2016	7
April 2016	6
Mai 2016	7
Juni 2016	6
Juli 2016	11
August 2016	9
September 2016	7
Oktober 2016	9
November 2016	7

Dezember 2016	7
2017	133
Jänner 2017	8
Februar 2017	12
März 2017	14
April 2017	10
Mai 2017	11
Juni 2017	10
Juli 2017	8
August 2017	10
September 2017	12
Oktober 2017	14
November 2017	14
Dezember 2017	10
2018	128
Jänner 2018	6
Februar 2018	10
März 2018	6
April 2018	8
Mai 2018	15
Juni 2018	12
Juli 2018	12
August 2018	10
September 2018	18
Oktober 2018	11
November 2018	13
Dezember 2018	7
2019	157
Jänner 2019	14
Februar 2019	11
März 2019	9
April 2019	12
Mai 2019	11
Juni 2019	9
Juli 2019	18
August 2019	18
September 2019	15
Oktober 2019	12
November 2019	16
Dezember 2019	12
2020	157
Jänner 2020	10
Februar 2020	11
März 2020	18

April 2020	9
Mai 2020	7
Juni 2020	16
Juli 2020	14
August 2020	14
September 2020	14
Oktober 2020	19
November 2020	10
Dezember 2020	15
2021	169
Jänner 2021	10
Februar 2021	18
März 2021	6
April 2021	10
Mai 2021	21
Juni 2021	14
Juli 2021	7
August 2021	13
September 2021	19
Oktober 2021	20
November 2021	16
Dezember 2021	15
2022	88
Jänner 2022	20
Februar 2022	26
März 2022	20
April 2022	22

Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung gem. § 205a StGB - Anzahl Tatverdächtige nach Monat und Staatsangehörigkeit	
2016	81
Jänner 2016	3
Barbados	1
Bosnien-Herzegowina	1
Brasilien	1
Februar 2016	3
Österreich	1
Somalia	1
Türkei	1
März 2016	10
Afghanistan	3
Marokko	1

Österreich	4
Türkei	2
April 2016	6
Kosovo	1
Österreich	4
Türkei	1
Mai 2016	6
Afghanistan	1
Österreich	3
Serbien	1
Syrien	1
Juni 2016	5
Afghanistan	1
Österreich	3
Serbien	1
Juli 2016	12
Afghanistan	1
Indien	1
Irak	1
Österreich	5
Serbien	1
Syrien	1
Türkei	2
August 2016	9
Afghanistan	1
Indien	1
Österreich	5
Slowakei	1
Sri Lanka	1
September 2016	6
Indien	1
Österreich	5
Oktober 2016	9
Afghanistan	1
Griechenland	1
Nordmazedonien	1
Österreich	4
Slowakei	1
Ungarn	1
November 2016	6
Österreich	4
Serbien	1
Slowakei	1
Dezember 2016	6

Afghanistan	1
Deutschland	1
Österreich	1
Serbien	2
Türkei	1
2017	128
Jänner 2017	8
Afghanistan	1
Kroatien	1
Österreich	5
Syrien	1
Februar 2017	10
Bosnien-Herzegowina	1
Österreich	8
Syrien	1
März 2017	15
Irak	1
Marokko	2
Österreich	10
Schweden	1
Serbien	1
April 2017	10
Bosnien-Herzegowina	1
Österreich	8
Tschechien	1
Mai 2017	11
Deutschland	1
Iran	1
Kosovo	1
Nordmazedonien	2
Österreich	5
Serbien	1
Juni 2017	9
Afghanistan	1
Bulgarien	1
Österreich	4
Staatenlos	1
Syrien	1
Türkei	1
Juli 2017	8
Deutschland	1
Österreich	6
Peru	1
August 2017	8

Afghanistan	1
Österreich	7
September 2017	12
Afghanistan	2
Österreich	10
Oktober 2017	14
Afghanistan	1
Algerien	1
Bulgarien	1
Österreich	6
Serbien	1
Syrien	3
Türkei	1
November 2017	14
Afghanistan	2
Niederlande	2
Österreich	8
Serbien	1
Syrien	1
Dezember 2017	9
Bulgarien	1
Österreich	7
Schweiz	1
2018	119
Jänner 2018	5
Bosnien-Herzegowina	1
Österreich	3
Türkei	1
Februar 2018	9
Österreich	5
Rumänien	1
Slowakei	1
Somalia	1
Türkei	1
März 2018	5
Bosnien-Herzegowina	1
Österreich	3
Rumänien	1
April 2018	8
Irak	1
Italien	1
Österreich	6
Mai 2018	14
Armenien	1

Kosovo	1
Kuba	3
Nepal	1
Österreich	4
Pakistan	1
Polen	1
Türkei	1
Ungarn	1
Juni 2018	12
Afghanistan	2
Deutschland	1
Österreich	4
Rumänien	1
Serbien	1
Türkei	3
Juli 2018	11
Deutschland	1
Kroatien	1
Nordmazedonien	1
Österreich	8
August 2018	9
Afghanistan	1
Indien	1
Österreich	5
Serbien	1
Ungeklärte Staatsangehörigkeit	1
September 2018	14
Afghanistan	1
Deutschland	1
Irak	1
Österreich	10
Türkei	1
Oktober 2018	10
Niederlande	1
Österreich	9
November 2018	14
Afghanistan	2
Ägypten	1
Bosnien-Herzegowina	1
Österreich	7
Schweiz	1
Ungeklärte Staatsangehörigkeit	2
Dezember 2018	8
Österreich	6

Rumänien	1
Türkei	1
2019	158
Jänner 2019	14
Guinea	1
Österreich	12
Slowakei	1
Februar 2019	12
Österreich	9
Syrien	2
Türkei	1
März 2019	9
Österreich	8
Ukraine	1
April 2019	13
Afghanistan	1
Algerien	1
Deutschland	2
Nordmazedonien	1
Österreich	6
Türkei	1
Ungarn	1
Mai 2019	11
Afghanistan	1
Deutschland	1
Indien	1
Iran	1
Österreich	6
Türkei	1
Juni 2019	9
Österreich	7
Rumänien	1
Serbien	1
Juli 2019	21
Deutschland	1
Italien	1
Österreich	13
Polen	1
Rumänien	1
Serbien	1
Slowenien	1
Türkei	1
Ungeklärte Staatsangehörigkeit	1
August 2019	14

Gambia	1
Kosovo	1
Österreich	10
Serbien	1
Syrien	1
September 2019	13
Afghanistan	1
Bosnien-Herzegowina	1
Deutschland	1
Jamaika	1
Kroatien	1
Österreich	7
Türkei	1
Oktober 2019	12
Bulgarien	1
Kroatien	1
Österreich	8
Peru	1
Ungarn	1
November 2019	18
Afghanistan	3
Nigeria	2
Österreich	9
Russische Föderation	2
Syrien	1
Türkei	1
Dezember 2019	12
Bosnien-Herzegowina	1
Italien	1
Österreich	8
Polen	1
Ungarn	1
2020	153
Jänner 2020	10
Bangladesch	1
Bosnien-Herzegowina	1
Italien	1
Kosovo	1
Österreich	4
Polen	1
Türkei	1
Februar 2020	11
Afghanistan	1
Bosnien-Herzegowina	1

Niederlande	1
Österreich	7
Türkei	1
März 2020	18
Afghanistan	1
China	2
Kosovo	1
Österreich	12
Pakistan	1
Somalia	1
April 2020	9
Bosnien-Herzegowina	1
Kosovo	1
Österreich	6
Serbien	1
Mai 2020	7
Österreich	7
Juni 2020	14
Bosnien-Herzegowina	1
Brasilien	1
Niederlande	1
Österreich	8
Rumänien	1
Türkei	1
Ungeklärte Staatsangehörigkeit	1
Juli 2020	13
Kroatien	1
Österreich	8
Ukraine	4
August 2020	14
Afghanistan	1
Deutschland	1
Nordmazedonien	1
Österreich	10
Serbien	1
September 2020	13
Bosnien-Herzegowina	2
Dominikanische Republik	1
Mali	1
Österreich	7
Polen	1
Serbien	1
Oktober 2020	19
Bosnien-Herzegowina	3

Moldau	1
Österreich	15
November 2020	10
Bosnien-Herzegowina	1
Deutschland	1
Österreich	6
Rumänien	1
Tunesien	1
Dezember 2020	15
Afghanistan	1
Bosnien-Herzegowina	2
Österreich	8
Syrien	1
Tschechien	1
Tunesien	1
Türkei	1
2021	167
Jänner 2021	10
Afghanistan	1
Deutschland	1
Italien	1
Österreich	4
Serbien	1
Syrien	1
Türkei	1
Februar 2021	17
Algerien	1
Bosnien-Herzegowina	1
Kolumbien	1
Österreich	14
März 2021	6
Österreich	3
Rumänien	1
Syrien	1
Ungarn	1
April 2021	11
Österreich	9
Serbien	2
Mai 2021	19
Afghanistan	1
Ägypten	1
Deutschland	1
Italien	1
Österreich	12

Polen	1
Syrien	1
Tschechien	1
Juni 2021	14
Iran	1
Italien	1
Kosovo	1
Österreich	9
Türkei	2
Juli 2021	6
China	1
Österreich	4
Türkei	1
August 2021	14
Nordmazedonien	1
Österreich	11
Serbien	1
Syrien	1
September 2021	20
Deutschland	1
Indien	1
Irak	2
Iran	1
Nigeria	1
Nordmazedonien	1
Österreich	11
Rumänien	1
Syrien	1
Oktober 2021	21
Irak	1
Irland	1
Nigeria	2
Österreich	12
Polen	1
Russische Föderation	1
Serbien	2
Syrien	1
November 2021	15
Afghanistan	2
Nigeria	1
Österreich	11
Tunesien	1
Dezember 2021	14
Österreich	11

Rumänien	1
Syrien	1
Türkei	1
2022 - VORLÄUFIGE DATEN	87
Jänner 2022	21
Afghanistan	1
Deutschland	1
Iran	1
Kosovo	1
Österreich	14
Slowakei	1
Ungarn	2
Februar 2022	25
Deutschland	3
Kroatien	1
Österreich	18
Rumänien	1
Russische Föderation	1
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	1
März 2022	20
Indien	1
Österreich	17
Serbien	1
Syrien	1
April 2022	21
Afghanistan	1
Bulgarien	1
Irak	1
Iran	1
Italien	1
Namibia	1
Österreich	12
Pakistan	1
Rumänien	1
Staatenlos	1

Zur Frage 13:

- *Wer in Ihrem Ressort hat in Hinsicht auf die derzeitige Fluchtbewegung aus der Ukraine spezifische Maßnahmen gesetzt, um Schutzsuchende aus der Ukraine vor Ausbeutung und Menschenhandel zu bewahren?*
 - a. *Wenn ja, wann und welche?*
 - b. *Mit welchem Ergebnis jeweils?*

- c. *Wie wird sichergestellt, dass Schutzsuchende, die in privaten Quartieren untergebracht sind, bestmöglich vor dem Risiko des Menschenhandels geschützt werden?*
- i. *Welche Vergabekriterien werden seit wann angewendet?*
1. *Mit welchem Ergebnis?*
- ii. *Welche Kontrollmechanismen stehen seit wann zur Verfügung?*
1. *Mit welchem Ergebnis?*

Die zuständige Abteilung im Bundeskriminalamt (Schlepperei, Menschenhandel und Sonderermittlungen) setzte aufgrund der sich immer mehr verschlechternde humanitären Situation in der Ukraine und der dadurch entstehenden Gefahr, dass flüchtende ukrainische Staatsbürger Opfer des Menschenhandels werden könnten, folgende Maßnahmen um:

- Informationsgewinnung: Auswertung nationaler und internationaler Berichte und Lagebilder zur Ukraine auf den Fokus Menschenhandel, Informationsgewinnung durch automatisierte SIMO-Abfragen zu weiblichen ukrainischen Staatsangehörigen, Auswertung der Österreichischen Polizeilichen Kriminalstatistik 2021 hinsichtlich Menschen- und Prostitutionshandel, automatisierte Suche (Computerprogramm Webcrawler) auf Internetplattformen zur Anbietung von Sexdienstleistungen durch ukrainische Frauen, Kontaktaufnahme mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Regionaldirektion Wien zum Ablauf- und Inkrafttreten der Registrierung („Karte für Vertriebene“).
- Operativ: Unterstützungsangebot der zuständigen Abteilung im Bundeskriminalamt im Wege von Europol an die Nachbarstaaten der Ukraine, Präventionsmaßnahmen im humanitären Ankunftszentrum „Sport & Fun-Halle“ und Registrierungs- und Beratungszentrum „Austria Center (ACV) - Train of Hope“ in Wien durch Plakate und Folder, verstärkte Präventionsmaßnahmen durch das Joint Operational Office Vienna (JOO) des Bundeskriminalamtes durch Publizieren mittels Plakaten und Foldern an stark frequentierten Orten bzw. Plätzen wie z.B. an Bahnhöfen, Vor-Ort-Abklärungen an den Grenzkontrollstellen zu den Nachbarländern Ungarn, Slowakei und Tschechien – Sensibilisierung der Exekutivbediensteten auf die Einreise von ukrainischen Minderjährigen mit fremden Erwachsenen sowie Prävention durch Plakate und Folder des JOO und der Opferschutzeinrichtung LEFÖ-IBF in den Registrierungsstellen an den Grenzübergängen (z.B. Nickelsdorf), Verteilung der JOO Aufkleber mit Kontaktdaten der Menschenhandelshotline +43 677 61343434, Durchführung von

Recherchen in den Sozialen Medien (z.B. Facebook, Tik-Tok), Zielgruppenspezifische Kampagnen in den Sozialen Medien (Facebookseiten des Bundeskriminalamts und des Bundesministeriums für Inneres), Veranlassung von Kontrollmaßnahmen in Etablissements für Sexdienstleister und -leisterinnen in Wien sowie verdeckte Streifendienste auf den Bahnhöfen durch Mitarbeiter des Landeskriminalamtes Wien, EB 10, österreichweite Aussendung eines Warnhinweises „Menschenhandel Ukraine“ an alle Landespolizeidirektionen. Verstärkte Zusammenarbeit hinsichtlich der vorangeführten Maßnahmen mit LEFÖ/IBF, MEN VIA und dem Kinder- Jugendhilfeträger, MAG 11 - Drehscheibe, Verfassen eines Erlasses an alle Landespolizeidirektionen über die potenzielle Gefährdung von ukrainischen Flüchtlingen, Opfer des Menschenhandels zu werden, inklusive Anordnung verstärkter Maßnahmen, Kooperationskampagnen mit der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) – Anfertigung von Infokarten (2.000 Stk) durch das JOO zur Verteilung in den Anlaufstellen der BBU, Kontaktaufnahme mit Verantwortlichen der BBU-Hotline zur Sensibilisierung bei Hinweisen zum Menschenhandel – Übermittlung eines Hinweisblattes sowie Bekanntgabe der Menschenhandelshotline +43 677 61343434 und menschenhandel@bmi.gv.at, Kooperation des JOO mit der BBU hinsichtlich Unterstützung bei Hinweisen auf der Menschenhandelshotline von Ukrainisch sprechenden Flüchtlingen (Dolmetscher der BBU werden informiert), Einrichtung Task-Force Ukraine gegen Menschenhandel (UATF) mit monatlichen Videokonferenzen, die von der zuständigen Organisationseinheit im Bundeskriminalamt, zum internationalen Informationsaustausch unter Einbeziehung von UNODC, organisiert werden. Teilnehmende Staaten sind Polen, Rumänien, die Slowakei, Ungarn, Moldau, Tschechien, Deutschland und die Ukraine.

Bis dato wurden 19 Informationen verwendet, die im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Frauen aus der Ukraine stehen könnten. Aktuell liegt kein strafrechtlich relevanter Sachverhalt dar.

Durch die Bereitstellung von Informationsmaterialien (Flyer, Plakate, A-Aufsteller) und während des Registrierungsprozesses wird sichergestellt, dass Schutzsuchende bestmöglich vor dem Risiko des Menschenhandels gewarnt und so geschützt werden können. Zudem finden Sensibilisierungsgespräche in privaten Quartieren mit den Schutzsuchenden statt.

Eingangs wird festgehalten, dass die Grundversorgungsvereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG (GVV) die Zuständigkeiten zwischen dem Bund und den Ländern in der Grundversorgung regelt. Der Bund leistet bei den ukrainischen Vertriebenen gleich wie bei Asylwerberinnen und Asylwerbern, insbesondere während des sogenannten Zulassungsverfahrens, Versorgung in einer Betreuungseinrichtung des Bundes (Unterbringung, Verpflegung, Betreuung).

Wird das Asylverfahren inhaltlich zugelassen, geht die Zuständigkeit zur Versorgung auf die Bundesländer über. Ab diesem Zeitpunkt ist neben der Unterbringung in organisierten Quartieren auch eine individuelle Unterbringung – selbstständiger Abschluss eines Mietvertrags – möglich.

Ich darf daher darauf hinweisen, dass die Angelegenheiten der privaten Grundversorgung nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres fallen.

Im Bereich der Grundversorgung des Bundes werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU GmbH) durch entsprechende Schulungsmaßnahmen zum Thema Menschenhandel, welche gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM), dem Bundeskriminalamt und Opferschutzeinrichtungen organisiert werden, besonders sensibilisiert. Zudem wird in den Bundesbetreuungseinrichtungen entsprechendes Informationsmaterial (insbesondere des Bundeskriminalamtes zum Thema Menschenhandel bzw. des Vereins LEFÖ) für die untergebrachten Personen bereitgestellt. Diese Informationsmaterialien werden auch jenen Personen bereitgestellt, welche im Zuge der aktuellen Maßnahmen im Rahmen der Solidaritätsplattform der Europäischen Union zur Unterstützung stark belasteter Nachbarstaaten nach Österreich überstellt werden.

Gerhard Karner

